

5. Sitzung des 27. StuPa am 13.11.2019

Bewerbung für das Referat Politisches Mandat und Datenschutz

Liebe Parlamentarier*innen,

mein Name ist Ronja Hansen, ich möchte mich als Referent*in für das Referat bewerben. Ich habe 4. Semester Jura studiert und studiere nun Geschichtswissenschaften und Gender Studies. Ich bin in verschiedenen Gruppen, die sich im universitären Kontext bewegen, aktiv. Auch hierdurch und durch mein Engagement im RefRat habe ich großes Interesse an weiteren Bereichen der Hochschulpolitik bekommen. Nach einer möglichen Wahl würde ich mich neben den aktuellen Themen des Referates, gerne mit Themen der Präsenz des Referats befassen.

Mein Name ist Lennart Armbrust, ich bewerbe mich als Co-Referent für Politisches Mandat und Datenschutz. Ich studiere Jura im siebten Semester und bin im arbeitskreis kritischer jurist*innen (akj) aktiv. Ich beschäftige mich seit vielen Jahren mit Fragen von Technik und Datenschutz. Derzeit und noch bis April mache ich zwei Erasmus-Semester in Dublin. Während dieser Zeit kann ich als Co-Referent viele Aufgaben aus der Ferne erledigen.

Das Referat hatten wir bereits im vergangenen Jahr als Team inne. Es ist uns in dieser Zeit gelungen, durch Verhandlungen den Verteiler HU-an-Studis zumindest in eingeschränkter Form wiederzubekommen, den die Uni zuvor abgestellt hatte. Wir haben gemeinsam mit den ASten von FU und TU eine Stellungnahme zur Anpassung der Studierendendatenverordnung erarbeitet, die wir anschließend der Senatsverwaltung vorgelegt haben und die dem RefRat auch in Zukunft eine direkte und uneingeschränkte E-Mail-Kommunikation mit den Studierenden ermöglichen würde. Ferner arbeiten wir zur Videoüberwachung in der Uni. Wir würden diese erfolgreiche Arbeit gerne fortsetzen.

Die Referate sind bei der Vertretung der Student*innen enorm eingeschränkt, da sie nur zu sogenannten „hochschulbezogenen“ Themen arbeiten dürfen. Dies steht im direkten Widerspruch zum ausdrücklichen Wortlaut des Berliner Hochschulgesetzes, wonach die Verfasste Studierendenschaft ein „politisches Mandat“ hat. Dies ist für uns ein unhaltbarer Zustand, den wir im Rahmen des Referats juristisch hinterfragen und politisch verändern wollen.

Außerdem ist es in Zeiten zunehmender Digitalisierung von Daten zwingend notwendig, die Gewährleistung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung gegenüber der Universität immer wieder einzufordern. Nach der flächendeckenden Einführung der Campus Card finden wir es besonders wichtig, die Einführung weiterer Funktionen in Bezug auf technische Datensicherheit und Datenschutz kritisch zu begleiten und zu hinterfragen.

Solltet ihr Fragen haben, könnt ihr sie gern jederzeit stellen.

Mit solidarischen Grüßen und der Bitte um eure Unterstützung,

Ronja & Lennart